

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr  
Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit  
und Verbraucherschutz

Bremen, den 07.09.2016

**Neufassung der  
Vorlage 19/176 (S)  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S)  
am 08.09.2016**

**Vorlage S-28-19  
für die Sitzung der städtischen Deputation für Gesundheit und  
Verbraucherschutz  
am 15.09.2016**

**„Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen  
Gemeinschaftsverpflegung“**

**Bericht der Deputationen an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss**

**A. Problem**

Die Bremische Bürgerschaft (Stadt) hat in ihrer Sitzung am 19. Januar 2016 den Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung (Drs. 19/84 S) zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen.

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft hat in ihrer Sitzung am 11.08.2016 anhand der Vorlage 19/161 (S) über den Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung beraten und darum gebeten, das Ergebnis der Beratung dem federführenden städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz hat in ihrer Sitzung am 17.05.2016 eine Anhörung zum Thema Billigfleisch durchgeführt, um Anregungen für das weitere Verfahren zur Umsetzung des Bürgerantrags zu erhalten. Sie hat dem Bericht der Anhörung anhand der Vorlage S-22-19 am 09.06.2016 zugestimmt und darum gebeten, diesen dem federführenden städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Der Vorsitzende des federführenden Haushalts- und Finanzausschuss hat daraufhin mit Schreiben vom 26.08.2016 darum gebeten, eine eindeutige Beschlussempfehlung für die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss abzugeben und die Empfehlung für die Beschlussfassung zu konkretisieren.

**B. Lösung**

Die beiden mitberatenden städtischen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie für Gesundheit

und Verbraucherschutz legen dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss ergänzend den anliegenden Bericht (Anlage 1) als Beratungsergebnis zur Beschlussfassung vor.

### **C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

### **D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung**

Mögliche finanzielle, personalwirtschaftliche oder genderspezifische Auswirkungen sind im anliegenden Bericht dargestellt.

### **E. Beteiligung/ Abstimmung**

Keine.

### **F. Beschlussvorschlag**

1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht (Anlage 1) inklusive der Beschlussempfehlung und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.
2. Die städtische Deputation Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt den Bericht (Anlage 1) an den Haushalts- und Finanzausschuss inklusive der Beschlussempfehlung und bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz um dessen Weiterleitung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

**Bericht**

**der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom ....**

**und der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom...**

**an den städtischen Haushalts und Finanzausschuss**

**„Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung“**

**A. Sachdarstellung**

Die Bremische Bürgerschaft (Stadt) hat in Ihrer Sitzung am 19. Januar 2016 den Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung (Drs. 19/84 S) zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen.

Der Antrag beinhaltet folgende Punkte:

1. binnen sechs Monaten ab Beschlussfassung die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln der Stadt Bremen (z. B. für öffentliche Empfänge im Rathaus) komplett auf Produkte aus nachweislich artgerechter Tierhaltung umzustellen.
2. binnen sechs Monaten ab Beschlussfassung einen Aktionsplan der Bremischen Bürgerschaft vorzustellen, wie bis zum Jahr 2020 die Beschaffung von Lebensmitteln für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung (Kantinen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Schulen und Mensen) auf Produkte aus nachweislich artgerechter Tierhaltung umgestellt wird, einschließlich entsprechender Anpassung der Beschaffungsrichtlinien und Pachtverträge.
3. bis Ende 2020 in der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln den Anteil von Milch- und Fleischprodukten aus der ökologischen Tierhaltung auf mindestens 25 % zu erhöhen.

Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz hat in ihrer Sitzung am 17.05.2016 eine Anhörung zum Thema Billigfleisch durchgeführt, um Anregungen für das weitere Verfahren zur Umsetzung des Bürgerantrags zu erhalten. Sie hat dem Bericht der Anhörung anhand der Vorlage S-22-19 am 09.06.2016 (Anlage 2) zugestimmt und darum gebeten, diesen dem federführenden städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft hat in ihrer Sitzung am 11.08.2016 über den Bürgerantrag gegen Billigfleisch beraten, den Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 09.06.2016 zur Kenntnis genommen und darum gebeten, das Ergebnis der Beratung dem federführenden städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Der Vorsitzende des federführenden Haushalts- und Finanzausschuss hat in Reaktion auf den Bericht der Deputation mit Schreiben vom 26.08.2016 darum gebeten, eine eindeutige Beschlussempfehlung für die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss abzugeben und die Empfehlung für die Beschlussfassung zu konkretisieren.

Die Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz geben ergänzend den folgenden Bericht ab:

## **B. Bericht**

Die Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und für Gesundheit und Verbraucherschutz empfehlen dem federführenden städtischen Haushalts- und Finanzausschuss der Stadtbürgerschaft zu empfehlen, den Bürgerantrag abzulehnen und auf Initiative der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, an dessen Stelle folgendes zu beschließen:

„Der Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung (Drs. 19/84 S) ist in seiner Intention richtig. Nach gründlichen Diskussionen in der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie im Haushalts- und Finanzausschuss ist deutlich geworden, dass der komplexen Materie mit einem Antrag Rechnung getragen werden muss, der diese Komplexität widerspiegelt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. binnen zwölf Monaten nach Beschlussfassung die öffentliche Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln für öffentliche Veranstaltungen der Stadt Bremen, welche diese unmittelbar selbst durchführt (z. B. für öffentliche Empfänge im Rathaus) auf Produkte umzustellen, die mindestens den Kriterien der VERORDNUNG (EG) Nr. 834/2007 DES RATES vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen entsprechend produziert werden.
2. binnen zwölf Monaten nach Beschlussfassung der Stadtbürgerschaft einen mehrstufigen Aktionsplan vorzustellen, der aufzeigt, wie aufwendungsneutral
  - a. bis zum Jahr 2022 die Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen auf Produkte umgestellt werden kann, die mindestens den Kriterien der VERORDNUNG (EG) Nr. 834/2007 DES RATES vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen entsprechend produziert werden. Dies gilt für Kitas und Schulen soweit sie Dienststellen oder Unternehmen der

Stadtgemeinde Bremen sind, auf die die öffentliche Hand aufgrund Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

- b. bis zum Jahr 2024 die Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung in Krankenhäusern zu 75% auf Produkte umgestellt werden kann, die mindestens den Kriterien der VERORDNUNG (EG) Nr. 834/2007 DES RATES vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen entsprechend produziert werden. Langfristig soll die komplette Umstellung erfolgen. Dies gilt für Unternehmen der Stadtgemeinde Bremen, auf die die öffentliche Hand aufgrund Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.
3. zur Umsetzung des mehrstufigen Aktionsplans eine entsprechende Anpassung der öffentlichen Beschaffungsrichtlinien und der Pachtverträge für Kantinen in Dienststellen und Unternehmen der Stadtgemeinde Bremen, auf die die öffentliche Hand aufgrund Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, zu überprüfen und ggf. vorzunehmen.
4. bei der Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung nach Möglichkeit regionale Produkte zu bevorzugen.“

### **C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

### **D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung**

Mit der Annahme des Bürgerantrags als auch mit den Beschlussempfehlungen der Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und für Gesundheit und Verbraucherschutz sind durch Veränderungen von Beschaffungskriterien in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung finanzielle Auswirkungen verbunden, die allerdings zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffert werden können.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen werden nicht gesehen. Die Umsetzung der Beschlussvorschläge richtet sich an beide Geschlechter gleichermaßen.

## **E. Beschlussvorschlag**

1. Die städtischen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und für Gesundheit und Verbraucherschutz empfehlen dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss den Bürgerantrag in der aktuellen Form abzulehnen.
2. Die städtischen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und für Gesundheit und Verbraucherschutz empfehlen dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss einen Änderungsantrag unter der Maßgabe der im Bericht aufgeführten Punkte einzubringen.

Senator Dr. Joachim Lohse

Jürgen Pohlmann  
Sprecher der Deputation für Umwelt,  
Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,  
Energie und Landwirtschaft

Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt

Dr. Magnus Buhler  
Sprecher der Deputation für  
Gesundheit und Verbraucherschutz